



europa-union deutschland
Mitwirken am Europa der Bürger

Zusammenhalt der Union sichern, Angriffen entgegentreten, neue Kräfte sammeln

Beschluss des Bundeskongresses vom 17.04.2016

Die EU ist in einer Krise. Warum?

Dass die Europäische Union in der Krise sei, ja vom Scheitern bedroht, ist heute in der öffentlichen Meinung weit verbreitet. Wie in den Jahren der Finanz- und Schuldenkrise, in denen die EU die Mittel zur Abwendung einer Katastrophe und die Instrumente zur Vermeidung künftiger Gefahren erst in schwierigen Auseinandersetzungen suchen musste, so werden heute Antworten auf die Fluchtbewegungen von der Europäischen Union erwartet und die noch nicht gefundene „Lösung“ als Versagen der europäischen Institutionen angesehen – und nicht als das, was es in erster Linie ist, die Flucht von nationalen Regierungen aus der Verantwortung. Aber auch das ist eine Krise Europas.

Die Tiefe der Auseinandersetzung ist nicht verwunderlich, weil inzwischen Kernbereiche staatlicher Politik teilweise in eine geteilte Souveränität überführt worden sind: Geld (Finanz- und Schuldenkrise) und innere Sicherheit und Migration. Die Nationalstaaten sind tiefer berührt, unterschiedliche Interessen treten deutlicher hervor, das Leben vieler Menschen ist unmittelbar durch die europäischen Entscheidungen tangiert. Kurz: die Erwartungen und Hoffnungen vieler Menschen an die Union sind gestiegen, weil sie erleben, dass es nur gemeinsam geht. Wenn die Erwartungen steigen, steigen auch die Enttäuschungen.

Die europäische Integration wurde für die Überwindung der größten Krise des 20. Jahrhunderts geschaffen, die Selbstzerstörung Europas. Frieden, Wohlstand, Freiheit, Sicherheit und heute auch der Erhalt der Handlungsfähigkeit in einer Welt im Umbruch waren und bleiben die Triebkräfte und Ziele der europäischen Integration. Sie hat der zunehmenden Verflechtung der Produktion, des Handels, des Konsums, des Reisens und des Alltagslebens in Europa den schützenden Raum gegeben, indem sie die Ausweitung der Handlungsspielräume, damit aber auch die größere gegenseitige Abhängigkeit in Institutionen und Regeln *gemeinschaftlichen* Handelns übersetzt hat. Eine Beschädigung dieser Verfahren, ein Rückabwicklung, eine Renationalisierung würde die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Leben massiv beeinträchtigen und Wirtschaft und Wohlstand gefährden. Deshalb: Es steht viel auf dem Spiel.

Die politischen Angriffe auf die Europäische Union abwehren

Die Globalisierung ist nun tatsächlich bei uns angekommen: Nicht nur in Form von Smartphones und des weltweiten Handels, des Reisens usw.; sondern auch in Form der Verantwortung für die globale Entwicklung, für Klimaschutz und eben auch in Form wirtschaftlicher Konkurrenz und der gegenwärtigen großen Flüchtlingsbewegungen. Solche



europa-union deutschland

Mitwirken am Europa der Bürger

Herausforderungen rufen bei Menschen immer auch Abwehr hervor, Angst vor den Zumutungen der Freiheit und der Solidarität. Anderen fundamentalistischen Bewegungen dieses und des letzten Jahrhunderts ähnlich, haben heute populistische, antimoderne, protektionistische und damit in der Folge fremdenfeindliche und anti-europäische Strömungen an Bedeutung gewonnen und nehmen auch bereits Einfluss auf Regierungen in der EU. Diesen Bewegungen wird die Europa-Union entschieden entgegentreten, auch indem wir vermehrt über die Kosten einer Beschädigung der Europäischen Union für die Menschen informieren.

Die Erfolge der EU herausstellen

Niemand wird die Schwierigkeiten, die Mängel und auch das teilweise Versagen europäischer Politik leugnen. Aber ebenso wenig Grund gibt es, die Erfolge zu verschweigen. In der Finanz- und Schuldenkrise hat die EU den großen Crash verhindert; Griechenland, Portugal, Irland, Spanien und Zypern konnten unter großen sozialen Härten, aber doch mit Hilfe der Euro-Partner in Höhe von Hunderten Milliarden von Euro ihre Zahlungsfähigkeit erhalten; es gab keine erfolgreichen Spekulationen gegen ein Land oder den Euro. Die EU hat dafür nicht nur den ESM, sondern zur Abfederung kommender Krisen eine einheitliche Bankenaufsicht geschaffen und Regeln für die Abwicklung von Banken. Kein Land konnte das allein schaffen, sondern nur Europa gemeinsam – mit *mehr* Integration.

Nach der Okkupation der Krim und der militärischen Einmischung in der Ostukraine durch Russland hat die Europäische Union auf einer vernünftigen und gemeinsamen Linie geantwortet: Mit der Verurteilung der Aggression, mit der Verhängung von Sanktionen und gleichzeitig mit der Aufnahme von Gesprächen als Voraussetzung für eine politische Lösung. Das wird bis heute gemeinsam in der EU getragen, obwohl es handfeste wirtschaftliche Interessen berührt. Der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen über das Atomprogramm Irans war wesentliches Verdienst der Außenbeauftragten der EU. Bei der Klimakonferenz von Paris hat die Europäische Union, gut vorbereitet, eine positive Rolle für die Einigung auf ambitionierte Ziele gespielt. Für diese Erfolge wie auch für große europäische Gesetze wie die Datenschutzverordnung ist auch die Europa-Union eingetreten. Deshalb wollen wir diese Erfolge auch festhalten!

In kleinen Schritten weiter voran

Richtig ist aber auch, dass die Europäische Union gegenwärtig vor großen Herausforderungen steht, um die zentrifugalen Kräfte einzudämmen, die sich in der Austrittsdiskussion in Großbritannien zeigen, in dem Auftrieb betont national auftretender Kräfte in vielen Mitgliedstaaten und in fehlender Handlungsfähigkeit in der Flüchtlingsfrage, mit der Rückkehr der Grenzen in Europa. Wir bleiben dabei, dass kein Mitgliedstaat allein diese Herausforderungen lösen kann, sondern nur die europäischen Institutionen und die Mitgliedsstaaten gemeinsam. Die Europa-Union sieht daher die vordringliche Aufgabe darin, die Union zusammenzuhalten und die Errungenschaften zu bewahren und wieder zu gemeinschaftlicher Politik zurückzukehren.



europa-union deutschland

Mitwirken am Europa der Bürger

„Brexit“ verhindern!

Wir setzen uns dafür ein, dass Großbritannien Mitglied der Union bleibt und unterstützen die Ja-Kampagne nach Kräften: „Better together!“-Es schmerzt uns, dass Großbritannien gegenwärtig mehrheitlich für sich die Zukunft nur in einer Union ohne weitere Integration sieht; und deshalb sind auch die Zugeständnisse der anderen Mitgliedstaaten an die britische Regierung schmerzhaft. Aber sie gehen nicht an die Substanz dessen, was bisher mit der EU erreicht ist. Die Europa-Union Deutschland respektiert den souveränen britischen Entscheidungsprozess und bleibt für unseren europäischen Nachbarn ein offener Ansprechpartner. Die Europa-Union vertraut auf eine wieder wachsende Überzeugungskraft des europäischen Projekts, auch in Großbritannien.

Unter dem Motto „Mitwirken am Europa der Bürger“ wird sich die Europa-Union mit sachlichen Informationen und Diskussionen über unseren europäischen Partner beteiligen und dem Interesse von Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland mit Angeboten begegnen. Sie arbeitet mit an einer europäischen Öffentlichkeit. Zu einer Kooperation mit Europa-aufgeschlossenen britischen Partnern und Mitgliederorganisationen in der Dachorganisation der Europäischen Föderalisten (U.E.F.) ist sie bereit.

Die gemeinsamen Werte achten!

Nach den ersten Gesetzesänderungen der neuen polnischen Regierung hat die Kommission ein Verfahren im neuen „Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips“ eingeleitet, um zu überprüfen, ob diese Gesetze in Einklang mit den in Art. 2 EUV festgelegten Zielen und Werten der Union stehen. Diesem Vertrag ist auch Polen in freier Entscheidung beigetreten. Eine Überprüfung der gemeinsam eingegangenen Verpflichtungen ist daher keine „Einmischung in innere Angelegenheiten“, sondern ein notwendiger Dialog, wenn die Union ihre Glaubwürdigkeit bewahren will. Aber dieser Dialog muss fair und in gegenseitigem Respekt geführt werden, ohne voreilige Androhung von „Gegenmaßnahmen“. Das gute deutsch-polnische Verhältnis ist ein hohes Gut, das wir hüten müssen! Zur Versachlichung und schlägt die Europa-Union die Einrichtung eines unabhängigen Sachverständigenremiums vor, angegliedert an die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte in Wien.

Migration ordnen, Schengen bewahren!

Wir sind überzeugt, dass nur eine enge Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten innerhalb der EU und mit ihren Nachbarländern in der Lage ist, die Ursachen der großen Migrationsbewegungen dieser Tage zu bekämpfen und sie damit einzudämmen; die Gefahren für die Menschen auf ihrer Flucht zu mindern, die Außengrenzen der EU effektiv, aber menschenrechtskonform zu schützen; die Lasten besser zu verteilen und so auch die Bedingungen für eine gute Integration in allen Aufnahmeländern zu schaffen.

Kommission und Europaparlament haben geeignete Vorschläge gemacht, die wir unterstützen: Europäische Hilfe für die Grenzstaaten im Süden bei der Grenzkontrolle, Registrierung und Erstversorgung; Aufnahme von Flüchtlingskontingenten durch alle Mitgliedstaaten nach einem gerechten Schlüssel; Unterstützung der Staaten im Nahen



europa-union deutschland

Mitwirken am Europa der Bürger

Osten, die die Hauptlast der Flüchtlingsversorgung tragen, vor allem die Türkei. Bei allen Maßnahmen, auch bei der Umsetzung des Abkommens mit der Türkei, muss die EU die Grundsätze der Genfer Flüchtlingskonvention und die allgemeinen Grundrechte strikt einhalten. Darüber hinaus fordert die Europa-Union: die Ausweitung legaler Einreisemöglichkeiten durch Prüfung von Anträgen bereits außerhalb der EU; den schnelleren Abschluss der Antragsverfahren und die konsequente Umsetzung ihrer Ergebnisse; Zugang der anerkannten Flüchtlinge zu Ausbildung und Arbeit; Überprüfung aller EU-Politiken, ihrer Optionen und Instrumente zur Eindämmung der Fluchtursachen: Entwicklungshilfe, Agrarpolitik, Handelspolitik, Investitionsförderung und politisch-diplomatische Initiativen bis zur Entsendung von Schutztruppen im Rahmen eines UN-Mandats. Wir halten ein einheitliches europäisches Asylverfahren für sinnvoll.

In diesem Zusammenhang weist die Europa-Union Deutschland darauf hin, dass die Religionsfreiheit als unveräußerliches Menschenrecht im Grundgesetz und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte national wie international verbürgt ist. Daraus folgt, dass kein EU-Staat das Recht hat, Menschen anderer Religionen oder Bekenntnisse vom Recht auf Asyl oder Zuwanderung auszuschließen.

Bis heute haben die Staaten der Europäischen Union keinen wirklich gemeinsamen Standpunkt gefunden. Das ist zutiefst enttäuschend und wirft einen schweren Schatten auf die Zukunft der europäischen Einigung. Aber wir halten an der Notwendigkeit einer *gemeinsamen* Lösung fest, auch wenn dafür noch Zeit gebraucht wird. Denn an dieser Gemeinsamkeit hängt auch die Zukunft des Schengen-Raumes, der offenen Grenzen in Europa. Die Europa-Union fordert entschieden die Rückkehr zu Schengen so bald als möglich. Denn sonst würden die Kosten riesig werden – nicht nur politisch, sondern vor allem ökonomisch und für das Leben der Bürgerinnen und Bürger.

Die europäischen Institutionen stärken!

Zur Konsolidierung der Europäischen Union gehört die Stärkung der *Gemeinschaftsinstitutionen*: Parlament, Kommission und Rat in ihrer jeweiligen Rolle, im Rahmen der geltenden Verträge. So muss das Parlament mehr Rechte z. B. bei der Gestaltung des Europäischen Semesters bekommen. Der Dialog zwischen Europäischem Parlament und nationalen Parlamenten sollte verstärkt werden, ohne die jeweiligen Kompetenzen zu verwischen; die Aufgabe der nationalen Parlamente liegt vorrangig in der Kontrolle ihrer jeweiligen Regierungen.

Die Ratsformationen sollten auf eine einzige echte Legislativformation reduziert werden, die als zweite Kammer im Gesetzgebungsverfahren arbeitet. Schritt für Schritt, soweit als möglich, muss dabei zu Mehrheitsentscheidungen übergegangen werden. Die Europa-Union ist überzeugt, dass die Gemeinschaftsmethode wieder an die Stelle der Notlösungen zwischenstaatlicher Vereinbarungen treten muss; daher muss auch der Fiskalpakt wie vorgesehen Teil des Unionsrechts werden, der ESM in einen Europäischen Währungsfonds umgewandelt werden.

Die Europa-Union hält es für notwendig, das Amt eines EU-Finanzministers zu schaffen, das den Vorsitz der Eurogruppe und des zuständigen Vizepräsidenten der Kommission



europa-union deutschland

Mitwirken am Europa der Bürger

zusammenführt, und das durch eine Fiskal- und Finanzverwaltung der EU unterstützt wird. Bei ihrer notwendigen Vertiefung muss die Wirtschafts- und Währungsunion in die Union insgesamt eingebettet bleiben; eine Aufspaltung des Europäischen Parlaments durch Schaffung eines „Euro-Parlaments“ lehnt die Europa-Union ab.

Aktuelle Aufgabe der Europäischen Union

Auch in schwieriger Lage müssen die europäischen Institutionen die Kraft finden, wichtige Aufgaben zu Ende zu führen und andere vorzubereiten. Diese sind nach unserer Auffassung vor allem:

- Die Vollendung der Bankenunion durch die Schaffung einer europäischen Einlagenrückversicherung für nationale Einlagensicherungssysteme und die Ausweitung zu einer Kapitalmarktunion.
- Schließung der Schlupflöcher für Steuerbetrug und Steuervermeidung, u.a. durch eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer mit einem Mindeststeuersatz.
- Ausarbeitung einer „Konvergenzrichtlinie“, die das Ziel des regionalen und sozialen Zusammenhalts in konkrete Maßnahmen übersetzt und mit einer Erhöhung des EU-Haushalts durch echte Eigenmittel auch die Ressourcen dafür bereitstellt.
- Ausarbeitung einer „Europäischen Säule sozialer Rechte“.
- Vollendung des Binnenmarktes im digitalen Bereich, damit die Bürger und Bürgerinnen die neuen Möglichkeiten in einem verlässlichen Rechtsrahmen nutzen können.
- Aufbau einer Energieunion, die Klimaschutz mit Ressourcenschonung und Versorgungssicherheit verbindet.
- Offenhalten der grundsätzlichen Beitrittsperspektive zur EU für europäische Staaten und Weiterführung ernsthafter Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten unter den klaren Voraussetzungen der Kopenhagener Kriterien.
- Angesichts der Größe heutiger Herausforderungen Stärkung nicht nur des europäischen Zusammenhalts, sondern auch der transatlantischen Partnerschaft.
- Abschluss von Handelsabkommen mit Kanada und den USA, die die hohen Standards im Umwelt-, Verbraucher-, Gesundheits- und Arbeitnehmerschutz durch demokratische Mehrheiten gestaltbar bleiben lässt und dadurch, die politische Handlungsfähigkeit gewählter Parlamente und Regierungen wahrt und mit einem internationalen Investitionsgericht neue Formen der Streitschlichtung etabliert.
- Ausweitung der „ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ als Schritt zur Einführung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und schließlich einer gemeinsamen Verteidigung.

Gemeinschaftliche Lösungen sind in allen diesen Feldern am besten. Wenn sich herausstellt, dass sie gegenwärtig nicht mit allen 28 Mitgliedstaaten machbar sind, bietet die „Verstärkte Zusammenarbeit“ nach den Regeln des Lissaboner Vertrags einen Weg, mit weniger Staaten zu beginnen. Er sollte dann auch genutzt werden.



europa-union deutschland

Mitwirken am Europa der Bürger

Der Schlüssel zur Europäischen Union liegt auch in Berlin

In vielen Mitgliedstaaten grassiert gegenwärtig der Irrglaube, das eigene Wohl im Pochen auf nationale Souveränität, in Sonderwegen und Egoismen finden zu wollen. Der Schlüssel zur Überwindung der Krise liegt daher vor allem in den Hauptstädten der Union. Deshalb fordert die Europa-Union Deutschland die deutsche Bundesregierung auf, sich verstärkt einer Politik des Ausgleichs und der Interessenwahrnehmung auch mit den kleineren Mitgliedstaaten zu widmen. Die Vorläufer der EU sind gerade gegründet worden, um „Hegemonie“ zu überwinden; deshalb wird auch keine „Hegemonie“ in der EU akzeptiert. Deutschland muss sein gewachsenes Gewicht verantwortungsbewusst und zugleich zurückhaltend-behutsam geltend machen und seine Europapolitik von einer vorwiegend innenpolitischen Begründung lösen.

Kräfte für neue Initiativen sammeln

Wir kennen keinen einzigen Fall, in dem europäische Zusammenarbeit die Ursache eines Problems wäre – aber unzählige Fälle, in denen fehlende oder mangelnde europäische Zusammenarbeit das Problem ist. Die „immer engere Union der Völker“ bleibt daher für die Europa-Union Maßstab und Antrieb unserer Bürgerinitiative, unser Ziel ein europäischer Bundesstaat. Trotz der schwierigen derzeitigen Lage wirkt die Europa-Union Deutschland daran mit, das Erreichte zu konsolidieren, Probleme beharrlich zu lösen und Kräfte für neue Initiativen zu sammeln.